

Umfrage-Schock: 82% der Mecklenburger wollen Mitbestimmung bei Asylheimen!

Eine INSA-Umfrage zeigt, dass 82 Prozent der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern mehr Mitsprache bei Asylunterkünften fordern.



In Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine wachsende Bewegung, die mehr Mitspracherecht der Bürger bei der Einrichtung von Asylbewerberunterkünften fordert. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA zeigt deutlich, dass eine große Mehrheit der Bürger diese Mitsprache wünscht.

Im Landkreis Rostock, genauer gesagt in Ziesendorf, plant der zuständige Landrat Sebastian Constien (SPD) die Errichtung einer neuen Unterkunft für Asylbewerber. Geplant ist, dass im ersten Jahr maximal 75 Menschen dort untergebracht werden sollen, und erst im dritten Jahr die volle Belegung mit 125

Personen erreicht wird. Angesichts dieser Pläne gibt es unter den Anwohnern Bedenken und Besorgnis. Dies steht im Zusammenhang mit früheren Protesten gegen Asylbewerberunterkünfte in der Region.

Mehrheit lehnt Asylunterkünfte in der Nachbarschaft ab

Wie die INSA-Umfrage zeigt, haben etwa 1.000 Bürger über 18 Jahren an der Umfrage teilgenommen, die im Auftrag der AfD-Landtagsfraktion durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind eindeutig: 82 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Mitspracherecht bei der Errichtung von Asylunterkünften in ihrer Nachbarschaft. Ein weiteres besorgniserregendes Detail der Umfrage ist, dass 35 Prozent der Bürger aus Angst vor jungen männlichen Migranten ihre alltäglichen Aktivitäten eingeschränkt oder verändert haben.

Ein weiteres auffälliges Ergebnis der Umfrage ist, dass eine Mehrheit der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern Vorbehalte gegen die Unterbringung von jungen männlichen Migranten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft hegt. 61 Prozent der Befragten gaben an, dass sie eine solche Unterbringung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft stören würde.

Besorgniserregende Ergebnisse für die AfD

Nikolaus Kramer, der Fraktionsvorsitzende der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, kommentierte die Umfrageergebnisse mit großer Besorgnis. „Die repräsentativen Umfrageergebnisse verdeutlichen ein klares Bedürfnis der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns nach mehr Sicherheit und Einflussnahme in ihrer unmittelbaren Umgebung“, erklärte Kramer. Er äußerte Verständnis dafür, dass sich Bürger unwohl fühlen, wenn junge männliche Migranten in ihrer Nähe untergebracht werden sollen, besonders in Anbetracht der überproportional hohen Migrantenanteile in der polizeilichen

Kriminalstatistik.

Besonders besorgniserregend sei nach Kramers Ansicht die Tatsache, dass ein Drittel der Bürger ihre täglichen Aktivitäten aus Angst vor jungen männlichen Migranten einschränkt. „Wenn sich Menschen in ihrem eigenen Land nicht mehr sicher genug fühlen, um unbeschwert ihrem Alltag nachzugehen, dann haben wir ein fundamentales Problem, das die Lebensqualität und die Freiheit unserer Bürger massiv beeinträchtigt“, betonte Kramer weiter. Er forderte eine scharfe Überprüfung der aktuellen Migrationspolitik und mahnte an, dass eine Rückzugsbewegung der Gesellschaft aus Angst nicht toleriert werden dürfe.

Weitere Details und eine tiefergehende Analyse zu diesen Entwicklungen finden sich auf www.freilich-magazin.com.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de